



Newroz – ein neuer Tag für die Freiheit der Völker und der Frauen im Mittleren Osten

Das diesjährige kurdische Neujahrsfest Newroz wurde am 21. März mit noch größerer Freude und Erwartungen als in den vorherigen Jahren gefeiert. Über 2 Millionen KurdInnen, VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und den internationalen Medien waren nach Amed gekommen, um die Verlesung der Newroz Erklärung des immer noch inhaftierten kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalans mitzerleben. Die versammelten Menschen nahmen die Erklärung für Demokratie, Freiheit und Frieden in Kurdistan, in der Türkei und im Mittleren Osten mit großer Begeisterung auf. Es war die Hoffnung zu spüren, dass es mittels des Dialogs möglich sein wird, den Krieg zu überwinden, der in Kurdistan seit 30 Jahren andauert und Zehntausende Menschenleben kostete. Nachdem die Existenz der KurdInnen über fast ein Jahrhundert hinweg verleugnet wurde, ist nun eine Phase angebrochen, in der der Wille der KurdInnen erstmals als Gesprächspartner wahrgenommen wird. Es ist nun an der Zeit, dass die Forderungen nach Freiheit, Frieden und Anerkennung aller Völker vorrangig durch den politischen Kampf um gesellschaftliche, politische und ökonomische Veränderungen verwirklicht werden können. In diesem Sinne ist der Freiheitskampf in eine neue Etappe eingetreten. Für die Verwirklichung einer demokratischen Gesellschaft und eines gerechten Friedens ist die organisierte Kraft der Frauen eine unverzichtbare Voraussetzung. Welche Rolle Frauen und die kurdische Frauenbewegung in dieser Phase spielen werden, wurde u.a. durch ein großes Transparent an der Hauptbühne auf dem Newroz-Platz in Amed sichtbar, auf dem geschrieben stand: „Die Frauenbefreiung ist die Voraussetzung für die Befreiung der Gesellschaft!“

Der Hohe Rat der kurdische Frauenbewegung KJB, die Frauenfreiheitspartei Kurdistans PAJK, die Demokratische Freie Frauenbewegung DÖKH sowie weitere kurdische und verschiedene türkische Frauenorganisationen erklärten ihre Unterstützung für den Dialog zum Frieden und die Erklärung Abdullah Öcalans. Sie erklärten, dass sie selbst in diesem grundlegenden Demokratisierungsprozess, eine aktive Rolle spielen werden. Sie seien entschlossen, der Stimme von Frauen Gehör zu verschaffen und die Interessen von Frauen zu vertreten.

Das Kurdische Frauenbüro für Frieden – Cenî e.V. erklärte: „Wir begrüßen die Neujahrsklärung von Abdullah Öcalan als einen wichtigen Beitrag für den Frieden und die Freundschaft der Völker. Auch wir wollen mit unserem Einsatz für Frieden, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Völkern unseren Beitrag dazu leisten, dass diese neue Phase zu einem gerechten und nachhaltigen Friedensprozess in Kurdistan und im Mittleren Osten führt. Desweiteren rufen wir alle Frauenbewegungen und -organisationen dazu auf, aktiv daran mitwirken, dass diese Phase zum Erfolg für ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden führt.“

Die Kurdische Frauenbewegung in Europa (TJKE) begrüßte mit einer schriftlichen Erklärung Öcalans „Manifest für Demokratie und Frieden im Mittleren

Osten“. TJKE bemerkte, dass angefangen von den Demonstrationen zum Internationalen Frauentag bis zu den Newrozkundgebungen Hunderttausende von Frauen ihre Unterstützung für das Projekt und den Aufruf Öcalans demonstriert haben: „Wir sind uns über unsere Verantwortung bewusst, das „Great Middle East Project“ ins Leere laufen zu lassen, das die westlichen imperialistischen Staaten für ihren eigenen Profit mit Kriegen, Völkermorden und Feminiziden gegen die Völker und Frauen im Mittleren Osten durchsetzen wollen. Demgegenüber meinen wir, dass uns der Aufbau eines demokratischen, konföderalen Systems, dessen Perspektive Öcalan von der Situation Kurdistans ausgehend entwickelt hat, nur im Vertrauen auf unsere eigene Kraft gelingen wird. Wir werden selbst eine aktive Rolle in diesem Prozess einnehmen, ohne dabei große Erwartungen bezüglich der Haltung des türkischen Staates oder anderer Staaten zu haben. Denn der Aufruf, den Abdullah Öcalan zu Newroz verkündete, ist im Kern ein Aufruf an die Frauen, an die demokratischen Kräfte und Völker, ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen.“ (...) „Eine weitere schmerzhaft Realität dieser Phase zeigte sich daran, dass die Morde [an drei kurdischen Politikerinnen] in Paris genau zu einem Zeitpunkt stattfanden, als Abdullah Öcalan den Beginn dieser neuen Phase vorbereitete. Diese Hinrichtungen stellen einen Versuch der herrschenden Kräfte dar, die kurdische Seite in dieser Phase zu schwächen und einzuschüchtern. Die Verhinderung der Aufklärung dieser politischen Morde stellt eine weitere Drohung dar. Seit 30 Jahren kämpfen wir gegen die Angriffspolitiken von Staaten, die sich gegen uns richten, weil wir uns unabhängig von ihnen mit unserer eigenen Identität organisieren. Die Morde in Paris haben uns erneut deutlich vor Augen geführt, wozu Staaten in der Lage sind, um ihre Profite zu verteidigen. Sowohl westliche als auch östliche Staaten benutzen die unterschiedlichsten Masken, um ihren Kampf um Macht und Profite zu verschleiern. Während Frankreich einerseits den Newroz-Aufruf Öcalans begrüßte, weigert sich der gleiche Staat, die Morde in Paris aufzuklären, die einen Angriff auf die Phase des Dialogs darstellen. Unsere Stärke ist es, dass wir diese Realitäten und Politiken der Staaten sehr genau kennen.“

Die Ermordung unserer Genossinnen Sara, Rojbin und Ronahi in Paris ist für uns als TJKE einer der nachdringlichsten Gründe, unsere Unterstützung für den Aufruf von Abdullah Öcalan zu verkünden. Heute sehen wir noch viel klarer, dass mit diesen Morden der geplante Aufruf für einen Frühling der Frauen und der Völker des Mittleren Ostens verhindert werden sollte. Deswegen sagen wir als TJKE: Wir sind alle Sara – entschlossen, grenzenlos, freiheitsliebend! Als Frauen, die wir in Europa, d.h. im Zentrum der kapitalistischen Moderne, für die Freiheit kämpfen, wollen wir uns mit freiheitsliebenden Frauen aus allen Teilen der Welt zusammenschließen und unsere Alternativen auf der Grundlage der Frauenbefreiung verwirklichen.“

Quelle: TJKE, ANF 26.03.2013; Cenî

Kurznachrichten:

„Wir wollen Gerechtigkeit“

Wir werden nicht ruhig sein, bis die Morde an Sakine, Fidan und Leyla aufgeklärt sind. Kundgebungen finden jeden Mittwoch in vielen Städten Europas statt. z.B. 15 - 16 Uhr in Berlin vor der französischen Botschaft am Pariser Platz. Bislang wurden von Cenî über 100.000 Protest-Postkarten verteilt. Die Postkarten werden bis zur vollständigen Aufklärung der Morde weiterhin an die französische Regierung verschickt.

Beileidsbekundung zum Tod von Hugo Chavez

Am 12.03.2013 suchte eine Abordnung von Cenî die Botschaft Venezuelas in Berlin und Hamburg auf, um Anteilnahme am Tod von Hugo Chavez zu zeigen und so die Wertschätzung für den entschlossenen Kampf eines Großteils der venezuelanischen Bevölkerung zu bekunden. Im Wissen um die Schwierigkeiten jedes gerechten Kampfes für Demokratie und Gerechtigkeit drückte Cenî die Solidarität kurdischer Frauen an der Seite der trauernden und kämpfenden Menschen in Venezuela aus.

Frauenkampf in Syrien

Unter dem Motto „Frauen verschiedener Nationen und Religionen – sind alle Frauen“ trafen sich Delegierte von Frauenorganisationen aus verschiedenen Städten Syriens und Westkurdistans am 29.03. in Qamişlo. Auf dieser Konferenz diskutierten sie über die Geschichte und aktuelle Situation von Frauen in Syrien. Sie beschlossen die Gründung der „Fraueninitiative Syriens“ mit der Zielsetzung, gemeinsam für die Rechte von Frauen und deren Verankerung in einem neuen Grundgesetz Syriens zu kämpfen. Die Delegierten diskutierten und verabschiedeten ihre Satzung, wählten ein Leitungsgremium und gründeten AGs für Ökonomie, für ein neues Grundgesetz und Pressearbeit.

Quelle: ANF

Einladung zur Internationalen Konferenz:

Die Lösung der kurdischen Frage im zukünftigen Syrien - Ein Beitrag für Dialog, Demokratie und Frieden am 17. April 2013, 9:30-19:00 Uhr im Abgeordnetenhaus Berlin, Festsaal Niederkirchner str. 5, 10111 Berlin

Weitere Infos: www.civaka-azad.org

Trauerkundgebung anlässlich des Mordes an Yüsrä Sukaya in Düsseldorf

Yüsrä Sukaya wurde am 8. März 2013, dem Internationalen Frauentag, durch ihren Ehemann Mehmet Sukaya in Düsseldorf ermordet. Sie hatte geplant, an diesem Tag an den Feierlichkeiten zum 8. März teilzunehmen. Stattdessen protestierten am 13. März ca. 120 Frauen und einige wenige Männer vor der Wohnung von Yüsrä Sukaya in der Potsdamer Str. in Düsseldorf, gegen ihre skrupellose Ermordung. Die TeilnehmerInnen der Trauerkundgebung, u.a. auch Freunde und Nachbarn, waren schockiert, wütend und fassungslos zugleich. In Redebeiträgen am Kundgebungsplatz verurteilten Mitarbeiterinnen der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA und von *Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden* die Tat und betonten, dass das familiäre Umfeld von Yüsrä Sukaya zu dieser Tat maßgeblich beigetragen habe.

„Gewalt muss gesellschaftlich verachtet werden“, sagte Meike Nack von UTAMARA. Im Anschluss brachten verschiedene Frauen ihre Trauer und Wut zur Sprache. Eine kurdische Frauenrechtsaktivistin machte deutlich: „Um gegen solche Gewalt anzukämpfen müssen wir uns gemeinsam engagieren. Jede und jeder kann, wenn sie Frauen kennen, die von Gewalt betroffen sind, diese aktiv unterstützen und damit eine solche Tat verhindern!“ Alle forderten eine gerechte Strafe für den Täter und die Sicherheit der drei Kinder. Eine Anwältin hinterfragte die Verantwortung der Polizei, Behörden und andere Organisationen in diesem Mord. Trotz mehrmaliger Unterstützungsanfragen von Yüsrä Sukaya wurde ihre Lebensbedrohung nicht ernst genommen.

Am 8. März 2013 hatte der Ehemann Mehmet Sukaya seine Frau Yüsrä Sukaya ermordet und war dann gemeinsam mit ihren drei Kindern direkt nach dem Mord in die Türkei geflogen. Er hatte bereits am 7. März den Flug gebucht. Die detaillierte Planung verdeutlicht die Grausamkeit und Hinterhältigkeit seiner Tat. Yüsrä Sukaya hatte geplant, in der Nacht vom 8. auf den 9. März nach Paris zu fahren, um dort an der großen Frauendemonstration von kurdischen Frauenorganisationen

teilzunehmen. Diese war den drei kurdischen Politikerinnen und Freiheitskämpferinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan, Leyla Saylemez gewidmet, die am 9. Januar in Paris ermordet wurden. Yüsrä wollte mit ihrer Teilnahme ihren Protest gegen die Ermordungen von Frauen ausdrücken und wurde dann selbst ermordet!

Yüsrä Sukaya war eine Frau und Mutter, die sich wie viele Frauen vielfach gegen die systematische Gewalt ihres Ehemanns gewehrt hatte, jedoch keine Unterstützung von der Gesellschaft erfahren hatte: Sie zeigte ihren Ehemann mehrfach an und war sogar für einige Zeit ins Frauenhaus geflüchtet. Jedes Mal wurde sie jedoch von ihrer Familie unter Druck gesetzt, ihre Bemühungen für ein selbstbestimmtes und friedliches Leben einzustellen und die Anzeigen zurückzunehmen. Das Verhalten ihres Ehemannes wurde jedoch durch diese patriarchale Mentalität nicht gestoppt, sondern er wurde in seinen Taten noch ermutigt. Die Konsequenz dieser Denkweise, dass „alles Schlechte in der Familie bleiben sollte“ ermöglichte dem Ehemann diesen schrecklichen Mord durchzuführen. Yüsrä Sukaya war bereits als junges Mädchen gegen ihren Willen mit ihrem Cousin zwangsverheiratet worden. Dieser brachte sie dann nach der Verlobung zur Heirat nach Deutschland, wo er systematisch gegen sie psychische und physische Gewalt ausübte. Vor 2 Jahren griff Mehmet Sukaya sie mit einem Messer an, woran sie beinahe gestorben wäre. Aufgrund ihrer Anzeige wurde ihr Mann drei Tage lang in Haft genommen. Jedoch übte ihre Familie Druck auf sie aus, die Anzeige zurückzunehmen. Aufgrund mangelnder Unterstützung zog Yüsrä schließlich ihre Anzeige wieder zurück. Mehmet Sukaya erhielt zwar das Verbot, sich ihr und der gemeinsamen Wohnung zu nähern, aber sogar diese Maßnahme wurde aufgrund des Familiendrucks aufgehoben. Mehmet Sukaya schaffte es, Yüsrä Sukaya so stark zu isolieren, dass sie keine Unterstützung mehr in Anspruch nehmen konnte.



UTAMARA

10-30.000 Frauen zur sexuellen Ausbeutung nach Deutschland verschleppt

Derzeit werden Frauen, die sich aus der Zwangsprostitution befreien konnten, rechtlich als illegal eingereiste Ausländerinnen behandelt. Nur, wenn sie gegen die Täter aussagen, dürfen sie unter Umständen während des Strafverfahrens in Deutschland bleiben. Obwohl sie sich durch die Aussage einem hohen persönlichen Risiko aussetzen, werden sie nach Beendigung des Verfahrens abgeschoben. Bis zum 6. April muss die deutsche Bundesregierung eine EU-Richtlinie, die den Opferschutz von Menschenhandel regelt, umsetzen. Dies bietet der Bundesregierung die Chance, ihre Versäumnisse im Bereich Opferschutz auszuräumen und eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation für Betroffene von Menschenhan-

del zu erwirken. Um die Rechte der Opfer zu stärken, haben wir eine Petition an Innenminister Friedrich auf Change.org gestartet, die die Verbesserung des Aufenthaltsrechts für Opfer von Zwangsprostitution fordert.

Unterstützen Sie uns in dieser Forderung und unterschreiben Sie jetzt!

In Italien hat sich im Bereich Opferschutz viel getan. Das „italienische Modell“ entkoppelt das Aufenthaltsrecht der Betroffenen von ihrer Aussagebereitschaft in einem Strafverfahren. Für das Opfer besteht eine realistische Chance, einen unbefristeten Aufenthaltstitel zu erhalten. Unsere Forderungen an den Bundesinnenminister: Frauen, die es geschafft haben, aus ihrer Zwangslage zu fliehen, sind

schwer traumatisiert und benötigen dringend Hilfe. Ihnen muss aus humanitären Gründen ein unbefristeter Aufenthaltstitel in Deutschland erteilt werden, ohne den Zwang vor Gericht aussagen zu müssen. Zudem muss Betroffenen geeignete Betreuung und Entschädigung garantiert werden. Unser Ziel ist es, 30.000 Unterschriften zu sammeln, damit möglichst viele Menschen den Bundesinnenminister auffordern, sich für die Einführung eines unbefristeten Aufenthaltstitels einzusetzen. Mit dieser Petition setzen wir uns dafür ein, dass unsere Forderungen in der Umsetzung berücksichtigt werden.

Christa Stolle, Vorsitzende TdF
Quelle: TERRE DES FEMMES

Feminizid - ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Feminizid ist ein globales Phänomen und umfasst körperliche, seelische, wirtschaftliche und strukturelle Gewalt gegen Frauen. Geschlechtsspezifische Gewalt bedroht das Leben von Milliarden von Frauen auf der ganzen Welt. Die Verantwortlichen hierfür werden jedoch nur in den seltensten Fällen zur Rechenschaft gezogen. Um die Formen und Ausmaße des Feminizids aufzuzeigen sowie über wirksame Strategien zu dessen Ächtung und Verhinderung zu diskutieren hatten Femmes Solidaire, die International Free Women's Foundation (IFWF) und die Europäische Feministische Initiative (EFI) am 14. März 2013 zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Die Veranstaltung fand parallel zu der 22. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in der UNO-Vertretung in Genf statt.

Bei der Eröffnung gedachte die Moderatorin Sylvie Jan den drei in Paris ermordeten kurdischen Politikerinnen und verurteilte die Morde an politischen Aktivistinnen als eine spezielle Form des Feminizids. Die Vorsitzende der Frauenkommission des Kurdistan Nationalkongresses KNK, Nilüfer Koc, kritisierte, dass die bestehenden internationalen Abkommen und Rechtsorgane nicht ausreichend seien, die systematische sexistische Gewalt zu stoppen. Soad Baba Aissa von Femmes Solidaire wies darauf hin, dass Feminizide oftmals durch Staaten gedeckt und mittels religiöser Konzepte gerechtfertigt werden. Die Vorsitzende der IFWF, Nursel Kilic, erläuterte die Wichtigkeit, den Kampf gegen Feminizide als einen Kampf um gesellschaftliche Veränderung zu führen, mit Bildungsarbeit sowie politischen und rechtlichen Initiativen zu verknüpfen und weltweit zu koordinieren. Dies sei ein Ziel der Kampagne, Feminizid als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ächten, anzuklagen und zu stoppen. Feminizids als Verbrechen gegen die Menschlichkeit in beschlussfassenden UN-Gremien zu thematisieren.

IFWF, Cenî

Cenî Info

erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125-40215 Düsseldorf
E-mail: cenî_frauen@gmx.de
http://www.cenî-kurdistan.com/
Spenden sind willkommen:

Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715